

Ludolf Herbst

**Der Marshallplan
als Herrschaftsinstrument?**

Überlegungen zur
Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik

Antrittsvorlesung

12. Mai 1992

Humboldt-Universität zu Berlin
Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften

Institut für Geschichtswissenschaften

Herausgeberin:
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser.

Redaktion:
Christine Gorek
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstraße 33
10245 Berlin

Heft 14

Redaktionsschluß:
26. 10. 1993

Der Marshallplan ist ein Mythos. Die Faszination, die er auf die Öffentlichkeit von jeher ausübte, scheint vor dem Hintergrund der schwierigen Lage, in der sich die osteuropäischen Staaten gegenwärtig befinden, außerordentlich zugenommen zu haben. Im Vordergrund des Interesses steht die Frage, ob der beispiellose wirtschaftliche Aufschwung, den die westeuropäischen Staaten in dem Jahrzehnt nach der Verkündung des Marshallplans erlebten, in Osteuropa wiederholbar ist, sofern der Westen seine Verantwortung erkennt. Das Motto, das der amerikanische Außenminister Marshall am 5. Juni 1947 in Harvard ausgab¹, - „Hilfe zur Selbsthilfe“ - ist erneut zum Zauberwort geworden. Das neubelebte Interesse am Marshallplan scheint selbst die Historiker erfaßt zu haben, die ja sonst nicht gerade im Ruf stehen, ihren Gegenstand im Lichte tagespolitischer Aktualität zu betrachten. So schlug Charles Maier den Marshallplan jüngst als Modell für Osteuropa vor. An ihm lasse sich exemplarisch studieren, wie intelligente und weitsichtige Wirtschaftshilfe dazu dienen könne, Gesellschaften zu stabilisieren, die zwar mit gewaltigen Schwierigkeiten konfrontiert, aber von ihrem Potential her in der Lage seien, ökonomisch zu prosperieren und sich demokratisch zu entwickeln.²

So faszinierend dieser Gedanke einerseits ist, so sehr gilt es doch andererseits zu bedenken, daß der Marshallplan Ende der 40er / Anfang der 50er Jahre in Westeuropa unter Rahmenbedingungen wirksam wurde, die heute in Osteuropa nicht oder jedenfalls so nicht gegeben sind. Man muß nur an die erdrückende Übermacht erinnern, die die USA nach dem 2. Weltkrieg Westeuropa gegenüber besaßen oder an den Kalten Krieg und die ständige Präsenz der sowjetischen Bedrohung, um die Unterschiede zu markieren. Was wäre wohl aus dem Marshallplan geworden ohne die negativ integrierende Kraft der UdSSR und die positiv integrierende Kraft der USA? Welche Verbindung gingen politische und

wirtschaftliche Zwecke damals ein? Ist nicht zu vermuten, daß der Marshallplan ein Kind des Kalten Krieges war, oder im Zuge des Kalten Krieges politisch instrumentalisiert wurde? Verdankte er dieser Instrumentalisierung nicht wesentlich seine Wirkung? Darf man die außenwirtschaftliche Strategie des Marshallplans daher von der Politik jener Zeit isolieren?³

Die sowjetische Regierung jedenfalls hat den Marshallplan als Herrschaftsinstrument begriffen: Die USA hätte auf diesem Wege versucht, die Sowjetunion zu isolieren, die europäischen Staaten ihrer Souveränität zu berauben und sie ihrem Dollarimperium einzugliedern.⁴ War dies eine jener zahlreichen Fehlperzeptionen, die man neuerdings für die Ost-West-Konfrontation verantwortlich macht oder ist es gerechtfertigt, den Begriff „Herrschaft“ in diesem Zusammenhang zu verwenden? Ist, und wenn ja, in welchem Begriffsverständnis, ist der Marshallplan als Herrschaftsinstrument anzusehen?

Die Frage ist umso berechtigter, als das Schlagwort vom „Dollarimperialismus“, das Stalin und Molotow in die Welt setzten, rasch in die Geschichtswissenschaft Eingang fand. Es wurde - was nicht verwundert - für die sowjetmarxistische Geschichtswissenschaft verbindlich gemacht, blieb aber auch im Westen nicht ohne Echo. Die revisionistische Historikerschule in den USA griff es am Ende der 60er Jahre auf und verband es mit der amerikanischen Tradition der open door policy. Man sprach im Zusammenhang mit dem Marshallplan von „informeller Herrschaft“ und vom „amerikanischen Finanz- und Handelsimperialismus“.⁵

Wichtige Impulse zur Verfeinerung des begrifflichen Instrumentariums gingen Mitte der 80er Jahre von der Politikwissenschaft aus. Robert Keohane prägte den Begriff hegemoniale Kooperation (hegemonic cooperation). Er bezeichnete die amerikanische Hegemonie als eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Kooperation europäischer Staaten, die die USA als Bedingung der Gewährung von Marshallplanhilfe gefordert hatten.⁶ Die historische Integrationsforschung hat diese Betrachtungsweise im großen und ganzen bestätigt.⁷

Hier gilt es, methodisch und begrifflich anzuknüpfen. Ich tue dies, indem ich den Blick auf eine Frage lenke, der sich die Forschung bisher nur am Rande gewidmet hat: Wie und warum kam es 1947

zum Ausschluß der osteuropäischen Staaten von der Marshallplanhilfe?

Die Frage führt an den Anfang jenes Prozesses zurück, der Europa wirtschaftlich spaltete und eine der historischen Wurzeln der gegenwärtigen malaise der osteuropäischen Staaten darstellt. Hier an der Nahtstelle des Ost-West-Konflikts, so ist zu vermuten, sind die Hintergründe politischer Instrumentalisierung ökonomischer Hilfeleistung besonders deutlich zu greifen. Zudem werden Herrschaftsansprüche in der Regel zuerst in regionalen Koordinaten definiert. Wer einbezogen und wer ausgegrenzt wird, eröffnet oft signifikante Durchblicke auf das zugrundeliegende Herrschaftskonzept.

I

Wie und warum kam es also zur regionalen Begrenzung des Marshallplans auf Westeuropa? Das amerikanische Hilfsangebot, so liest man immer wieder, sei prinzipiell offen für eine Beteiligung der osteuropäischen Staaten unter Einschluß der UdSSR gewesen, Stalin habe es aber vornehmlich aus Gründen der Machtpolitik und der Raison d'être des Ostblocks abgelehnt.

Die äußeren Abläufe bestätigen diese Sichtweise zunächst: Der amerikanische Außenminister Marshall hatte in seiner Harvard-Rede vom 5. Juni 1947 explizit davon gesprochen, daß die USA „jede Regierung“ unterstützen würden, die bereit sei, konstruktiv am europäischen Wiederaufbauwerk teilzunehmen.⁸ Die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Bevin und Bidault verständigten sich daraufhin, ihren sowjetischen Kollegen Molotow zu gemeinsamen Beratungen einzuladen. Dieser akzeptierte und man traf sich vom 27. Juni bis zum 2. Juli 1947 in Paris.

Das Klima zwischen den Großmächten war zu diesem Zeitpunkt schon außerordentlich schlecht. Der Bürgerkrieg in Griechenland überschattete die Ost-West-Beziehungen und hatte den amerikanischen Präsidenten am 12. März 1947 dazu bewogen, vor beiden Häusern des Kongresses jene Erklärung abzugeben, die als „Truman-Doktrin“ in die Geschichte eingegangen ist.⁹ Truman bekundete unter Verweis auf das Beispiel Griechenlands den fe-

sten Willen der USA, die freie Welt gegen die Bedrohungen des Totalitarismus abzuschirmen und kommunistische Machtergreifungen, wie sie in einigen osteuropäischen Ländern stattgefunden hatten, in Westeuropa zu verhindern. Daß die Zeichen auf Konfrontation standen, erwies sich auch am Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz, die vom 10. März bis zum 24. April 1947 vergeblich versucht hatte, eine gemeinsame Vier-Mächte-Regelung des Deutschlandproblems zustande zu bringen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß auch die Vorkonferenz über den Marshallplan scheiterte. Offenbar hatte sich Molotow nur auf ein taktisches Spiel eingelassen, das der anderen Seite die Schuld am Scheitern anlasten sollte. Doch diese gängige Interpretation stellt nur die halbe Wahrheit dar.

Zweifel weckt bei genauerem Hinsehen schon die Rede, mit der Marshall das Europäische Wiederaufbauprogramm am 5. Juni ankündigte. In direkter Anspielung auf die Truman-Doktrin hatte sie die Wendung enthalten, daß alle Regierungen, politischen Parteien und Gruppen mit der Gegnerschaft der USA zu rechnen hätte, „die versuchen, das Elend der Menschen zu verewigen, um politisch davon zu profitieren.“¹⁰ Dies zielte unverkennbar auf die UdSSR und die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Anders gewendet, das Hilfsangebot Marshalls richtete sich nur insofern auch an die Sowjetunion, als sie zu politischem Wohlverhalten bereit war und ordnete sich damit der Containment-Politik zu, die George F. Kennan wesentlich formuliert hatte.

Kennan war es dann auch, der als Direktor des Policy Planning Staff des State Department frühzeitig die Weichen in Richtung auf Containment stellte. Er sorgte dafür, daß die Vorbereitungsarbeiten für das Hilfsangebot Marshalls auf Westeuropa begrenzt blieben. Für Osteuropa wurden gar nicht erst Daten erhoben! Kennan stellte die Teilung Europas in einen östlichen und einen westlichen Teil als gegebene Tatsache in Rechnung und machte keinen Hehl daraus, worin er den Sinn des Hilfsprogramms sah: Westeuropa ökonomisch so weit zu stabilisieren, daß es den totalitären Herausforderungen des Kommunismus nicht erliege.¹¹

Der leitende Wirtschaftsfachmann des State Department, William Clayton, ging noch einen Schritt weiter. Er forderte für das Europäische Wiederaufbauprogramm einen von Großbritannien,

Frankreich und Italien gemeinsam zu erarbeitenden Gesamtplan, der auf einer Wirtschaftsunion („economic federation“) nach dem Modell der Benelux Zollunion fußen sollte.¹² Niemand redete in diesem Zusammenhang von der UdSSR oder gab sich der Illusion hin, daß sie zu diesen Konditionen am Hilfsprogramm teilnehmen würde.

Etwas anders verhielt sich dies mit den anderen osteuropäischen Staaten. Kennan plädierte dafür, zunächst ohne sie zu beginnen, das Programm aber für ein späteres Hinzukommen der Tschechoslowakei und anderer Länder „within the Russian orbit“ offenzuhalten. Allerdings wollte Kennan dies an die Bedingung einer wirtschaftlichen Öffnung dieser Staaten geknüpft wissen. Sie sollten, so hieß es, „die einseitige Orientierung ihrer Volkswirtschaften auf die UdSSR aufgeben.“¹³

Der Ökonom Clayton war derselben Auffassung, interessierte sich freilich insbesondere für die ökonomischen Konsequenzen, die das Fernbleiben der osteuropäischen Länder für das Gelingen des Wiederaufbauprogramms insgesamt haben würde. Er kam zu einem positiven Ergebnis: eine „European economic federation“ sei auch ohne sie sinnvoll, denn während Osteuropa auf Westeuropa angewiesen sei, träfe das Gegenteil nicht zu. Ökonomisch tendiere der Osten zum Westen, müsse dorthin exportieren, um überleben zu können. Dieser Sogwirkung („suction“) des Westens habe die UdSSR ökonomisch nichts entgegenzusetzen. Ihr bleibe, wolle sie Osteuropa beherrschen, nur das Mittel der nackten militärischen Gewalt.¹⁴ Daß die UdSSR eben hierauf für mehr als 40 Jahre ihre Herrschaft über Osteuropa gründen würde, konnte sich der überzeugte Freihändler Clayton vermutlich nicht vorstellen.

Diese globale Variante, der „Magnettheorie“, setzte voraus, daß der Westen Europas zunächst unter sich blieb und seine Kraft als relativ homogen strukturierte Kernregion der Weltwirtschaft im engen Verbund mit den USA entwickelte. Nur die vorübergehende Abschottung vom Osten garantierte den Erfolg des Ganzen; denn nur so konnte man einer Politik der Störmanöver von sowjetischer Seite entgehen. So verwundert es denn nicht, wenn bereits im Vorfeld der Marshallrede intern die Vermutung ausgesprochen wurde, daß ein über die Region Westeuropa hinausrei-

chendes Hilfsprogramm im Kongreß keine Mehrheit finden werde. Man werde es daher auf die „befreundeten“ Nationen begrenzen müssen.¹⁵

II

Dennoch kann die Begrenzung der Wiederaufbauhilfe auf Westeuropa nicht ausschließlich vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gesehen werden. Sie war vielmehr auch eine Folge der ökonomischen Krisenerscheinungen des Jahres 1947, die die langfristigen Trends der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik veränderte.¹⁶

Im Mittelpunkt der Ereignisse stand eine Zahlungsbilanzkrise: Die westeuropäischen Staaten kauften in den USA weit mehr als die bezahlen konnten. Washington stand vor der Wahl, ihnen diese Käufe zu finanzieren oder drastische Exportrückgänge hinnehmen zu müssen mit entsprechenden Folgen für Wirtschaftskonjunktur und Beschäftigung in den USA und in Europa. Nur um das Niveau des bisherigen amerikanischen Exports nach Europa halten zu können, schätzten Fachleute die Belastungen, die im laufenden Haushaltsjahr 1947 auf die amerikanische Regierung zukommen würden, auf 4,8 Milliarden Dollar.¹⁷

Diese Aussichten waren nicht angenehm, zumal die USA auch in den beiden zurückliegenden Jahren bereits in hohem Umfange Leistungen für Notstandsgebiete in Europa, Asien und Afrika erbracht hatten. Die amerikanische Auslandshilfe hatte sich bis zum April 1947, also in weniger als zwei Jahren auf ca. 10 Milliarden Dollar akkumuliert und war nun im Begriff, völlig aus dem Ruder zu laufen. Der ganz überwiegende Teil dieser Hilfe wurde angesichts der notorischen Zahlungsunfähigkeit der Empfängerländer als verlorener Zuschuß gewährt. De facto verschenkten die USA in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg ständig bis zu 2% ihres Bruttosozialprodukts.¹⁸

Dies konnte kein Dauerzustand werden und durfte sich vor allem nicht steigern. Wenn die Regierung von sich aus nichts unternahm, dies zu stoppen, würde der Kongreß es tun.

Anzeichen hierfür mehrten sich im April 1947 bereits und bewo-

gen den Direktor des Budget-Büros dazu, beim State Department zu intervenieren: Es sei dringend erforderlich, Prioritäten zu setzen und ein Gesamtkonzept für die Auslandshilfe zu erarbeiten, sonst laufe die amerikanische Regierung angesichts der rasch wachsenden Ansprüche an den Staatshaushalt Gefahr, daß staatspolitisch wichtige Programme nicht mehr bedient werden könnten und sich die Auslandshilfe ad absurdum führe.¹⁹

Eine Untersuchungskommission, die die mit der Auslandshilfe in besonderer Weise befaßten Departments of State, War und Navy einsetzten, kam zu derselben Schlußfolgerung, setzte in der Kritik aber noch grundsätzlicher an: die bisherige amerikanische Auslandshilfepolitik habe völlig versagt. Die geleistete Hilfe sei verpufft und habe nicht im Sinne der übergeordneten Ziele der amerikanischen Nachkriegspolitik gewirkt. Die Zweck-Mittel-Relation habe nicht gestimmt.²⁰

Was waren das für Zwecke und warum hatten die Mittel versagt? Die amerikanische Außenwirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg stand in der Tradition der Leih- und Pachtlieferungen, mit denen die USA ihre Verbündeten im Zweiten Weltkrieg unterstützt hatten. Auch diese Lieferungen erfolgten unentgeltlich und erreichten bis zur Kapitulation Japans die Nettosumme von 41 Milliarden Dollar. Diese gewaltige Investition rechtfertigte sich zunächst einmal aus sicherheitspolitischen Gründen. Sie erhöhte die Chancen des militärischen Erfolges und sparte amerikanisches Blut. Daneben verfolgten die USA aber von vornherein ein ordnungspolitisches Interesse, das auf die Nachkriegszeit zielte: jedes Empfängerland mußte vertraglich zusichern, daß es an der Gestaltung einer internationalen politischen Ordnung und einer Weltwirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit mitwirken würde.²¹ Und tatsächlich nahm diese Ordnung mit der Gründung der UNO, der Weltbank und des Weltwährungsfonds Ende des Krieges Gestalt an.

Was die außenwirtschaftliche Seite dieser von den USA auf der Konferenz von Bretton Woods durchgesetzten Prinzipien einer Weltordnung anging, so sollte sie auf dem Freihandel beruhen und jene Diskriminierungen des Handels- und Zahlungsverkehrs abbauen, die den Welthandel in der Zwischenkriegszeit gelähmt hatten. Das Glaubensbekenntnis dieser globalen, am Meistbe-

günstigungsprinzip orientierten Freihandelspolitik war der Reciprocal Trade Agreement Act von 1934, mit dem Hull seinerzeit das handelspolitische Gegenprogramm zu Schachts „Neuem Plan“ formuliert hatte. Seine Geltungsdauer wurde 1945 vom Kongreß verlängert, was ebenso große Signalwirkung haben sollte wie die Ratifizierung der Vereinbarungen von Bretton Woods am 31. Juli 1945.

Die Blühträume der amerikanischen Freihändler erfüllten sich jedoch nicht. Die europäischen Staaten waren trotz amerikanischer Hilfe nicht bereit und wirtschaftlich nicht in der Lage, der amerikanischen Linie zu folgen. Es sah vielmehr alles danach aus, daß Europa sein Heil erneut wie in der Zwischenkriegszeit in restriktiven Außenhandelspraktiken suchen werde.

Eine Schlüsselrolle spielte in diesem Zusammenhang Großbritannien. Die Stoßrichtung der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik hatte sich in den 30er Jahren nicht zuletzt auch gegen Großbritannien gerichtet, das den Mitgliedern des Commonwealth Präferenzzölle gewährte. Es war im Krieg daher ein wesentliches Ziel der amerikanischen Politik gewesen, Großbritannien auf eine Kurskorrektur festzulegen, die das Commonwealth handelspolitisch öffnete und den Prozeß der inneren Umgestaltung bis zur Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit fortsetzte.

So äußerte Roosevelt während des Krieges einmal in vertrautem Kreis: „Ich habe mich bemüht, Winston - und den anderen - klarzumachen, daß wir zwar bis zum Siege in diesem Krieg ihre Alliierten sind, daß sie aber niemals auf die Idee kommen sollten, wir seien im Krieg, um ihnen zu helfen, an archaischen und mittelalterlichen Imperiumsideen festzuhalten ... Großbritannien hat die Atlantic Charter unterzeichnet. Ich hoffe, daß sie sich darüber im klaren sind, daß die Regierung der Vereinigten Staaten entschlossen ist, dafür zu sorgen, daß sie sich daran halten.“²²

Die Abhängigkeit Großbritanniens erst von den Kriegslieferungen und dann - nach Kriegsende - von den Krediten der USA wurde zum Hebel, um den wirtschaftlichen Teil dieses Programms durchzusetzen und Großbritannien zu entsprechenden Selbstverpflichtungen zu nötigen. Das geschah im britisch-amerikanischen Kreditabkommen vom Dezember 1945.²³ Die Liberalisierungs-

bedingungen des Kreditabkommens wurden in der britischen Öffentlichkeit als dermaßen diskriminierend empfunden, daß der Führer der Konservativen im Oberhaus, Lord Woolton, von einem „Dollar-Diktat“ sprach. Der „Economist“ kritisierte, daß sich Großbritannien bereit erklären mußte, das Pfund Sterling zu einem Stichtag - dem 15. Juli 1947 - konvertibel zu machen.²⁴ Offenbar ging man in Washinton davon aus, den Einstieg in die neue Ära liberalen Welthandels erzwingen zu können. Doch dieser Versuch, die Realitäten im Sinne freihändlerischer Postulate zu kommandieren, scheiterte. Bereits am 20. August 1947 mußte die britische Regierung die Konvertibilität wieder aufheben, weil die rasch ins Ausland abfließenden Pfundbeträge den Kredit aufgezehrt hatten.²⁵

Die Welt stellte sich für die USA im Sommer 1947 also auch aus ökonomischen Gründen ziemlich düster dar. Trotz Milliardenaufwendungen war es nicht gelungen, wirtschaftlich stabile Verhältnisse zu schaffen. Westeuropa und seine Führungsmacht Großbritannien waren aus dem Krieg schwächer hervorgegangen als angenommen. Der Durchsetzung der neuen Weltwirtschaftsordnung war man nicht zuletzt deswegen um keinen Schritt näher gekommen. Der Marshallplan stellte daher unabhängig von seiner Instrumentalisierung im Kalten Krieg den Versuch dar, diese ökonomischen Probleme zu lösen. Er war auch Ausdruck eines Prioritätenwechsels in der amerikanischen Auslandshilfepolitik. Zwei Veränderungen sind es vor allem, die diesen Prioritätenwechsel kennzeichnen. Es wurden erstens Schwerpunkte gebildet, die es gestatteten, das Volumen der Hilfe unter Kontrolle zu halten und trotzdem größere ökonomische Wirkungen zu erzielen als zuvor. Zweitens wurden die liberalen ordnungspolitischen Bedingungen, an die auch diese Hilfe geknüpft war, nicht mehr an einzelne Regierungen adressiert, sondern an ein Kollektiv von Empfängerländern, das sich, um Hilfe zu bekommen, vorher konstituieren und organisieren mußte.

1. Die Schwerpunktbildung sollte die regionale Streuung, die Zersplitterung auf verschiedene Programme und die mangelnde Planung der Auslandshilfe beenden. Bisher war die Auslandshilfe nach dem Gießkannenprinzip gewährt worden. So waren im

Haushaltsjahr 1946/47 mehr als 30 Länder in Europa, im Nahen Osten, in Afrika und in Asien in den Genuß von Auslandshilfe gelangt, darunter auch die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei und die anderen Ostblockstaaten.²⁶ Die Hilfe hatte sich auf fünf verschiedene Programme erstreckt und niemand hatte auch nur den Versuch gemacht, den Exportbedarf der USA und den Importbedarf der Empfängerländer aufeinander abzustimmen.

Der Marshallplan hingegen konzentrierte sich ausschließlich auf Westeuropa. Die USA setzten zudem die Einbeziehung der westdeutschen Wirtschaft in das Wiederaufbauprogramm gegen den latenten Widerstand vor allem Frankreichs aber auch Großbritanniens durch. Die Militärgouverneure, die die Westzonen vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland in der europäischen Marshallplanorganisation vertraten, sorgten dafür, daß Westdeutschland zum größten Mittelempfänger nach Großbritannien und Frankreich wurde. Man hatte in Washington die zentrale Rolle erkannt, die der Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft für den Wiederaufbau Europas spielen würde.

2. Der regionalen Schwerpunktbildung entsprachen die organisatorischen Bedingungen, die Washington mit der Gewährung der Marshallplanhilfe verknüpfte. Nicht zuletzt das Scheitern des britisch-amerikanischen Kreditabkommens hatte Washington davon überzeugt, daß den Schwierigkeiten in Europa nicht durch zweiseitige Verträge und isoliertes Vorgehen, sondern nur durch eine konzertierte Aktion aller Empfängerländer von Marshallplanhilfe beizukommen sei. Die Europäer sollten sich endlich an einen Tisch setzen, einen europäischen Gesamtplan für den Wiederaufbau erarbeiten und eine ständige Organisation errichten, die zum Kern einer zukünftigen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden konnte. Diese Organisation, die im April 1948 in Gestalt der OEEC ins Leben trat, wurde auf eine liberale Außenwirtschaftspolitik verpflichtet.²⁷

Es war viel amerikanischer Druck nötig gewesen, um dies durchzusetzen, und es wurde noch viel amerikanischer Druck auf die europäischen Staaten nötig, um aus den Buchstaben des OEEC-Vertrages Wirklichkeit werden zu lassen. Das wirksamste Sank-

tionsmittel, das den Amerikanern hierbei zur Verfügung stand, war die Androhung der Kürzung von Marshallplanhilfe. Es war von der Sache her undenkbar, daß an dieser Organisation Staaten teilnahmen, die einer dezidiert anderen, planwirtschaftlich-autonomen Außenwirtschaftspolitik verpflichtet waren. Dies hätte die seit 1934 verfolgte amerikanische Außenwirtschaftspolitik ad absurdum geführt. Wenn man also zu Recht konstatiert, daß die amerikanische Politik die osteuropäischen Staaten nach dem Motto „Vogel friß oder stirb“, d.h. „ändere deine Außenwirtschaftspolitik oder bleibe draußen“ behandelte, sollte man diesen Hintergrund bedenken. Man sollte ferner nicht vergessen, daß Frankreich, Großbritannien und die anderen westeuropäischen Staaten, nach dem gleichen Motto behandelt wurden. Sie akzeptierten, weil ihnen das Wasser am Hals stand und weil sie trotz heftiger Polemik im einzelnen und mancher durchaus auch prinzipiell gemeinter Gegenwehr den ökonomischen Vorteil höher veranschlagten als die politischen Kosten.

III

Es lohnt sich, nach dieser Hintergrundskizze kurz zur sowjetischen Ablehnung der Marshallplanhilfe zurückzukehren. In der TASS-Erklärung vom 2. Juli 1947, in der Molotow die sowjetische Teilnahme am Marshallplan ablehnte, wird ganz deutlich, daß die Führung der UdSSR den Prioritätenwechsel in der amerikanischen Auslandshilfepolitik klar erkannt hatte. Ihr war die multilaterale Zusammenarbeit unter dem Dach einer gemeinsamen Organisation ein Dorn im Auge. Sie beruhe „auf einer dominierenden Stellung einer oder mehrerer mächtiger Staaten gegenüber den anderen, die in Abhängigkeit geraten und ihre Selbständigkeit verlieren.“ Statt dessen plädierte die Sowjetunion für eine „breite Entwicklung“ der Außenwirtschaftsbeziehungen auf der „Grundlage der Gleichberechtigung“.²⁸

Zweifellos hatte Molotow begriffen, worum es ging. Die Sowjets, so meinte Couve de Murville, seien extrem mißtrauisch und wollten auf gar keinen Fall dabei helfen, ein Programm zu verwirklichen, das den USA erlauben würde, Einfluß in Europa auszu-

üben.²⁹ Dabei hatte Moskau wohl weniger die westeuropäischen als vielmehr die osteuropäischen Staaten im Blick. Dies geht aus einem erst kürzlich in tschechischen Archiven aufgefundenen Protokoll hervor, das von der Unterredung einer tschechischen Regierungsdelegation unter Leitung von Klement Gottwald mit Stalin und Molotow am 9. Juli 1947 in Moskau angefertigt wurde.³⁰

Die tschechische Regierung hatte zuvor als einziges Land der sowjetischen Einflußsphäre die Einladung zur Marshallplankonferenz angenommen, die zum 12. Juli 1947 ausgesprochen worden war. Stalin machte den Tschechen nun klar, welche Risiken sie mit diesem Kurs liefen. „Unter dem Vorwand von Krediten“, so gibt das Protokoll Stalin wörtlich wieder, „versuchen die großen Mächte, einen Westblock zu bilden und die Sowjetunion zu „isolieren“. „Für uns ist das eine Frage der Freundschaft“. „Wenn sie nach Paris gehen, geben sie zu erkennen, daß sie an einer Aktion mitwirken, die darauf abzielt, die Sowjetunion zu isolieren. Alle slawischen Staaten haben die Einladung zurückgewiesen, sogar Albanien - (Die Teilnahme) ist ein Bruch in der Front.“³¹

Stalin hatte mit diesen Worten den äußeren politischen Rahmen gezogen, ließ sich im übrigen aber erstaunlich weit auf die Erörterung der ökonomischen Probleme ein. Die Tschechen hatten auf ihre extrem hohe Außenhandelsabhängigkeit vom Westen verwiesen, was ihr Land von den anderen slawischen Staaten unterscheidet. In der Bevölkerung besteht daher Angst vor einer allgemeinen Verarmung im Falle der Absonderung vom Westen. Tatsächlich unterschied sich die Tschechoslowakei in ihrer Industrie- und Außenhandelsstruktur nicht von den westeuropäischen Staaten.

Dies galt freilich noch in anderer Hinsicht. Die Tschechoslowakei hatte bis zum Juni 1947 unentgeltlich amerikanische Lieferungen in Höhe von 264 Mio Dollar sowie westliche Kredite in einer Gesamthöhe von über 400 Mio Dollar erhalten. Ein Versiegen dieser Quelle mußte die tschechische Wirtschaft schwer treffen. Außenminister Jan Masaryk bat Stalin daher um einen - wie er sich ausdrückte - „Trostpreis“ und Stalin offerierte den Ausbau der sowjetisch-tschechischen Handelsbeziehungen als Gegenleistung für den Verzicht auf Marshallplanhilfe. Fast ver-

zweifelt bemerkte Gottwald, daß die Sowjetunion fast nur Schwermaschinen und Röhren nachfrage, hingegen kein Absatz für die Produkte der Leichtindustrie offeriere, die bisher vornehmlich in den Westen gegangen seien. Stalin versprach auch hier sowjetische Absatzgarantien.³²

Schaut man sich die Ziffern der tschechischen Außenwirtschaftsabhängigkeit vom Westen an, so wird die Prager Delegation wenig Trost in den sowjetischen Angeboten gefunden haben. 1947 betrug die Import- und Exportabhängigkeit der Tschechoslowakei von Ländern außerhalb des Ostblocks je 81%, 1948 verringerte sie sich auf 63 bzw. 60%, was ganz wesentlich auf eine Verdreifachung des sowjetisch-tschechischen Handels zurückzuführen war.³³ Anstrengungen hatte Moskau also unternommen, ihr Ergebnis blieb gleichwohl mager.

Die Entscheidung der tschechischen Regierung vom Juli 1947, sich dem sowjetischen Druck zu beugen, erwies sich also als ein ökonomischer Beinaheselbstmord. Anders formuliert: der politische Staatsstreich vom Februar 1948 wurde in der Wirtschaft bereits im Januar 1947 vorweggenommen. Die Tschechoslowakei wurde dabei zum Opfer einer Konfrontation zwischen Ost und West, die von beiden Seiten nicht nur als politischer, sondern auch als ökonomischer Konflikt begriffen wurde.

IV

Was ergeben sich aus diesen Beobachtungen nun für Antworten auf die eingangs gestellte Frage? Ist, und wenn ja, in welchem Begriffsverständnis, der Marshallplan als Herrschaftsinstrument anzusehen?

Die eindeutigste Antwort auf diese Fragen legen die Deutungsmuster der ökonomischen Imperialismustheorie nahe. Die modernen Industriestaaten, so lehrt Hobson, können sich ihre ohnehin schon labile innere Stabilität nur erhalten und die große Krise des Kapitalismus nur zu vermeiden hoffen, wenn sie ständig expandieren und ihre Wirtschaft sich immer neue Absatzmärkte erschließt. Diese Expansion geschieht in vielfältigen Formen, die von der direkten, bürokratisch-militärischen Beherr-

schung fremder Gebiete bis zu deren wirtschaftlicher Durchdringung mit Hilfe von Waren- und Kapitalexport reichen. Das eine wird formelle, das andere informelle Herrschaft genannt.³⁴

So unterschiedlich die Herrschaftsinstrumente auch sind, die die formelle und die informelle Herrschaft kennzeichnen, so gleichgerichtet sind sie doch in ihrem Ziel, fremde Gebiete von der imperialistischen Macht abhängig zu machen. Die Kategorie dieser völlig einseitig begriffenen Abhängigkeit ist von zentraler Bedeutung und stellt die Imperialismustheorie in eine im späten 18. Jahrhundert beginnende begriffsgeschichtliche Tradition hinein, die „Herrschaft“ zunehmend als politisch „illegitim“ und ökonomisch „ausbeuterisch“ brandmarkte und die Vorstellung, daß Herrschaft „rechtmäßige“ Herrschaft sei, in den Hintergrund drängte.³⁵

Aus diesem Blickwinkel erscheint der Marshallplan als ein subtiles ökonomisches Herrschaftsinstrument zur Etablierung informeller amerikanischer Herrschaft über Westeuropa. Die Krise des Jahres 1947, die die Angst vor der Wiederholung der großen Weltwirtschaftskrise stimulierte, und die Notwendigkeit, in dieser Situation die amerikanischen Exporte zu sichern, hätten die USA dazu bewogen, sich in Westeuropa ein sicheres Absatzgebiet zu schaffen.³⁶

Die interventionistische Konsequenz und die Härte, mit der die Ziele der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik gegenüber den westeuropäischen Staaten durchgesetzt und die Kompromißlosigkeit, mit der diese Prinzipien den osteuropäischen Staaten gegenüber zur *conditio sine qua non* erklärt wurden, scheinen diesen Eindruck zu bestätigen. Wo in dieser Form Macht eingesetzt wird, liegt der Verdacht nahe, daß Herrschaft etabliert werden soll.

Dem widerspricht nicht, daß die USA sich durch diesen Machteinsatz keine Privilegien verschafften, sondern auf der Einführung von Regeln bestanden, die allen Staaten gleiche Chancen eröffneten. Die USA, so wird argumentiert, konnten sich dies leisten; denn gestützt auf ihre überlegene Produktionskraft würden sich die amerikanischen Exportinteressen auch bei formaler Gleichstellung mit anderen Handelsnationen vorrangig durchsetzen.

Zweifellos vermag das Kategoriensystem der ökonomischen Imperialismustheorie einige interessante Schlaglichter auf die amerikanische Nachkriegspolitik zu werfen und doch erweist es sich in entscheidenden Punkten als inadäquat.

Inadäquat erscheint vor allem das Verlaufsmodell. Während die Imperialismustheorie auf einen Prozeß abhebt, der aus der Perspektive der Objekte imperialistischer Politik von der Unabhängigkeit zur Abhängigkeit führt, liegt in unserem Fall das Gegenteil vor. Die westeuropäischen Staaten emanzipierten sich aus einer erdrückenden militärischen, ökonomischen und politischen Abhängigkeit von den USA und gewannen als Folge des Marshallplans beträchtlich an ökonomischer und politischer Unabhängigkeit. Nicht einseitige Abhängigkeit, sondern wechselseitige Abhängigkeit, Interdependenz, prägte zunehmend die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westeuropa und den USA. Dabei ist es nicht unwichtig zu sehen, daß dieser Effekt nicht etwa gegen die Intentionen des Marshallplans eintrat, sondern dessen Zielvorgabe entsprach. Er wollte „Hilfe zur Selbsthilfe“ geben und zielte auf die möglichst rasche Restrukturierung der westeuropäischen Volkswirtschaften und ihrer außenwirtschaftlichen Austauschprozesse.

Wenn man den Marshallplan also aufgrund der interventionistischen Machtausübung, die mit ihm einherging, als Herrschaftsinstrument begreift, war er ein Herrschaftsinstrument zum Abbau von Herrschaft.

Dies tangiert freilich die Überlegenheit der ökonomischen Position der USA nur graduell; denn der amerikanische Führungsanspruch hatte sich ursprünglich ja ausschließlich auf die Ordnung der Weltwirtschaft bezogen. Erst als sich 1947 herausstellte, daß die in Bretton Woods aus der Taufe gehobene globale liberale Ordnung nicht funktionierte, weil Europa seine ihm zugedachte Rolle in diesem System nicht zu spielen vermochte, wurde der Marshallplan als vorübergehende interventionistische Stützungsmaßnahme entwickelt, mit dem Zweck, eine regionale begrenzte Restrukturierung zu erreichen. Auf dieser Basis erst konnte die geplante Weltwirtschaftsordnung funktionieren.

Westeuropa wurde daher genötigt, sich zu organisieren und tat dies sehr bald auch von sich aus mit dem freilich etwas anders

akzentuierten Ziel, sein Gewicht in der Waagschale der globalen Ordnung zu erhöhen. Die USA zogen sich im Laufe dieses Prozesses, der Ende der 50er Jahre in der Gründung der EWG kulminierte, auf die Rolle eines Hegemons zurück, der ein etabliertes System anerkannter und akzeptierter Regeln und Normen überwacht und dessen Einhaltung anmahnt. Man könnte in diesem Zusammenhang von einer global ausgerichteten normativen Hegemonie oder von „rechtmäßiger Herrschaft“ im althergebrachten Wortsinn sprechen. Sie beruhte wie diese auf Konsens und Kooperation.

Zweifellos diene diese Hegemonie amerikanischen Interessen, nicht zuletzt auch Exportinteressen. Sie zielte aber nicht unmittelbar auf diese Interessen ab, sondern mittelbar, über den globalen Ordnungsanspruch, der den primären Zweck verfolgte, die Weltwirtschaft zu stabilisieren und die Wiederholung einer Weltwirtschaftskrise zu vermeiden.

Wie sehr dieses übergeordnete Interesse das Denken in Washington beherrschte, kann man u.a. daran erkennen, daß die Milliardensummen, die die USA in der Nachkriegszeit für Auslandshilfe ausgaben, ganz überwiegend als verlorene Zuschüsse und eben nicht - wie die Imperialismustheorie voraussetzt - als Kredite gewährt wurden. Man wollte die Fehler der Zwischenkriegszeit vermeiden. Damals hatten die hohen Rückzahlungsverpflichtungen der Schuldnerländer der USA die Weltwirtschaft erheblich belastet und mit zur großen Krise Anfang der 30er Jahre beigetragen.

Begreifen wir das Ziel der globalen normativen Hegemonie der USA die Stabilisierung der Weltwirtschaft und die Verhinderung einer Weltwirtschaftskrise, so läßt sich der Bogen zurück zur Sicherheitspolitik schlagen. Geling es nicht, dieses Ziel zu erreichen, drohten politische Erschütterungen von gleichem Ausmaß, wie sie die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre hervorgebracht hatte. Der Totalitarismus konnte erneut triumphieren. Hatten die USA aber gegen Hitler gekämpft, um nun Stalin zu unterliegen?

Die Entschlossenheit und der normative Rigorismus, mit denen die USA die regionale Restrukturierung in Westeuropa nach innen durchsetzten und nach außen abschirmten, erklärt sich aus

diesem Ziel. Hier instrumentalisierte die Politik nicht die Wirtschaft und die Wirtschaft nicht die Politik, sondern wirtschaftliche und politische Interessen, die in umfassendem Sinne auf Sicherheit zielten, waren in gleicher Weise darauf gerichtet, einen Krisenmechanismus außer Kraft zu setzen, dessen Modell man in Gestalt der Weltwirtschaftskrise und ihrer politischen Folgen ständig vor Augen hatte.

Der Historiker tut sich schwer mit der Frage, ob man aus der Geschichte lernen kann. Wenn man die amerikanischen Akten aus den 40er Jahren liest, trifft man immer wieder auf den Versuch der Politiker, aus dem verhängnisvollen Verlauf der Zwischenkriegszeit zu lernen. Sie hatten, wie wir gesehen haben, ihre Schwierigkeiten damit, waren in diesem Bemühen aber dennoch erstaunlich erfolgreich.

Anmerkungen

- 1 Foreign Relations of the United States (FRUS), 1947, Bd. III, S. 237 ff.
- 2 *Charles Maier* (Hrsg.), *The Marshall Plan and Germany: West German development within the framework of the European Recovery Program*, Oxford 1991, S. 39
- 3 Vgl. vor allem *Michael J. Hogan*, *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe 1947-1952*, Cambridge U.P. 1987; *John Gimbel*, *The Origins of the Cold War and the National Security State*, New York 1977; *John Lewis Gaddis*, *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Polity*, Oxford 1982
- 4 TASS-Erklärungen vom 28. Juni und 2. Juli 1947, Kessing's Archiv der Gegenwart, S. 1128 f., 1132 f.; vgl. *Geir Lundestad*, *Der Marshall-Plan und Osteuropa*, in: *N. Haberl, L. Niethammer* (Hrsg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt/Main 1986, S. 59-75
- 5 Einen Überblick gibt: *Wilfried Loth*, *Der Kalte Krieg in der historischen Forschung*, in: *Der Westen und die Sowjetunion*, hrsg. v. *Gottfried Niedhart*, Paderborn 1983, S. 155 ff.; zur Verwendung der Begrifflichkeit vgl. *Hans-Jürgen Schröder*, *Marshallplan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947-1950*, in: *APuZ B 18/1987*, S. 3 ff.
- 6 *Robert O. Keohane*, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton 1984
- 7 Vgl. *Ludolf Herbst, Werner Bührer, Hanno Sowade* (Hrsg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt*, München 1990; *Armin von Bogdandy* (Hrsg.), *Die Europäische Option: Eine interdisziplinäre Analyse über Herkunft, Stand und Perspektiven der europäischen Integration*, Baden-Baden 1993
- 8 FRUS 1947, III, S. 238/39
- 9 *Public Papers of the President of the United States: Harry S. Truman 1947*. Washington 1963, S. 177 ff.
- 10 FRUS 1947, III, S. 239
- 11 FRUS 1947, III, S. 225
- 12 FRUS 1947, III, S. 232
- 13 FRUS 1947, III, S. 222, 228
- 14 FRUS 1947, III, S. 235
- 15 FRUS 1947, III, S. 291
- 16 Vgl. *Allan S. Milward*, *The Reconstruction of Western Europe 1945-*

- 1951, London 1984; Vgl. jetzt auch *ders.*, *The European Rescue of the Nation-State*, London 1992
- 17 FRUS 1947, III, S. 210 ff.
- 18 Vgl. *Winfried W. Kretzschmar*, *Auslandhilfe als Mittel der Außenwirtschafts- und Außenpolitik*, München 1964, S. 45; *Maier*, *The Marshall Plan*, S. 1
- 19 FRUS 1947, III, S. 199 ff.
- 20 FRUS 1947, III, S. 210
- 21 *Documents on American Foreign Relations*, Bd. VII, S. 152 ff., 344 f.; FRUS 1941, III, S. 41 f.; *Leon Martel*, *Lend-Lease, Loans and the Coming of Cold War*, Boulder 1979; *Kretzschmar*, *Auslandshilfe*, S. 234
- 22 zit. bei *Kretzschmar*, *Auslandshilfe*, S. 168
- 23 FRUS 1941, III, S. 41 f.; 1945, II, S. 173 ff.
- 24 *Kretzschmar*, *Auslandshilfe*, S. 168
- 25 Ebenda, S. 175
- 26 Ebenda, S. 238/39
- 27 *Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung*, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Bonn 1962, Bd. 1, S. 214ff.
- 28 *Keesing's Archiv der Gegenwart*, S. 1132
- 29 FRUS 1947, III, S. 300 f.
- 30 *Stalin, Czechoslovakia, and the Marshall Plan: New Documentation from Czechoslovak Archives*, in: *Bohemia* 32 (1991), S. 133-144
- 31 Ebenda, S. 135
- 32 Ebenda, S. 137; vgl. *Jiri Kosta*, *Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945-1977*, Frankfurt/Main 1978, S. 33, 49
- 33 *Kosta*, *Abriß*, S. 50 ff.
- 34 *John A. Hobson*, *Imperialism. A Study*, London 1905; *Peter Hampe*, *Die ökonomische Imperialismustheorie*, München 1976
- 35 Artikel „Herrschaft“ in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. v. *Otto Brunner*, *Werner Conze*, *Reinhart Koselleck*, Bd. 3, S. 1-102
- 36 Vgl. *Schröder*, *Marshallplan*, S. 3 ff.

Ludolf Herbst

1943 geboren.

Studium der Geschichte, Germanistik, Philosophie und Politischen Wissenschaften in Göttingen.

1973 Promotion mit einer Arbeit über „Die Verfolgung der Ersten Internationale durch die Großmächte in der Reichsgründungszeit“.

1982 in Göttingen Habilitation mit einer Arbeit, die 1982 unter dem Titel „Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft“ erschien.

1983 nach kurzer Lehrzeit als Hochschullehrer in Göttingen zum stellvertretenden Direktor an das Institut für Zeitgeschichte in München berufen.

Zugleich Lehre (Neuere Geschichte) an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Seit Dezember 1991 Lehre (Zeitgeschichte) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Forschungsschwerpunkte: Geschichte der SBZ/DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Geschichte der europäischen Integration.

Wichtigste Veröffentlichungen

Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik „monarchistischer Solidarität“, Göttingen 1975 (Phil.Diss.)

Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda, 1939-1945, Stuttgart 1982 (Habil.Schrift)

Option für den Westen. Vom Marshallplan zum deutsch-französischen Vertrag, München, 1989

Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration (Hrsg.), München 1986

Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg. zusammen mit Constantin Goschler), München 1989

Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, 1949-1958 (Hrsg. zusammen mit Werner Bühner und Hanno Sowade), München 1990 (im Druck)

Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung. Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des Zweiten Weltkriegs, in: VfZ 25 (1977), S. 305-340

Die Krise des nationalsozialistischen Regimes am Vorabend des Zweiten Weltkriegs und die forcierte Aufrüstung. Eine Kritik, in: VfZ 26 (1978), S. 347-392

Die Mobilmachung der Wirtschaft 1938/1939 als Problem des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, hrsg. v. W. Benz und H. Graml, Stuttgart 1979, S. 62-116

Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: VfZ 34 (1986), S. 161-205

Die Bundesrepublik in den Europäischen Gemeinschaften, in: Die Geschichte der Bundesrepublik, hrsg. v. W. Benz, Neuaufgabe Frankfurt/M. 1989, Bd. 2, S. 210-247

Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industriekonzerne in der Zwischenkriegszeit, in: Die deutschen Eliten und der zweite Weltkrieg, hrsg. v. M. Broszat und K. Schwabe, München 1989, S. 72-134

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

- 1 *Volker Gerhardt*
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität
- 2 *Hasso Hofmann*
Die versprochene Menschenwürde
- 3 *Heinrich August Winkler*
Von Hitler zu Weimar
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie
- 4 *Michael Borgolte*
„Totale Geschichte“ des Mittelalters?
Das Beispiel der Stiftungen
- 5 *Wilfried Nippel*
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit
- 6 *Heinz Schilling*
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin -
ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich
- 7 *Hartmut Harnisch*
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914

- 8 *Fritz Jost*
Selbststeuerung des Justizsystems durch
richterliche Ordnungen
- 9 *Erwin J. Haeberle*
Berlin und die internationale Sexualwissen-
schaft
- 10 *Herbert Schnädelbach*
Hegels Lehre von der Wahrheit
- 11 *Felix Herzog*
Über die Grenzen der Wirksamkeit des
Strafrechts
- 12 *Hans-Peter Müller*
Soziale Differenzierung und Individualität
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose
- 13 *Thomas Raiser*
Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der
Rechtswissenschaft

Es erscheinen demnächst:

- 15 *Gert-Joachim Glaeßner*
Demokratie nach dem Ende des
Kommunismus

- 16 *Arndt Sorge*
Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen
in Ostdeutschland
- 17 *Achim Leube*
Semnonen, Burgunden, Alamannen
Archäologische Beiträge zur germanischen Früh-
geschichte
- 18 *Klaus-Peter Johne*
Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel
der Forschung
- 19 *Volker Gerhardt*
Die Politik und das Leben
- 20 *Clemens Wurm*
Großbritannien, Frankreich und die
westeuropäische Integration